

CDU/ FDP- Fraktion im Kreistag LK Leipzig

Pressemitteilung vom 15.10.2021

Bericht/ Zusammenfassung der 12.Kreistagsitzung am 13.10.2021

Am Mittwoch, den 13.10.2021 fand in Neukieritzsch die 12. Sitzung des Kreistages im LK Leipzig statt.

Um den Auflagen der Corona- Schutzverordnung gerecht zu werden fand diese wiederum in der Parkarena Neukieritzsch statt, wo die Platzierung der Sitzungsteilnehmer sowie der Gäste und Pressevertreter in entsprechenden Abständen eingerichtet war.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landrat Henry Graichen wurden zunächst die Formalitäten abgehandelt.

Unter TOP 1.2 erbat der Landrat Zustimmung zur vorliegenden und öffentlich bekannt gemachten Tagesordnung.

Es kam zur Beschlussfassung über die vorliegende Tagesordnung, diese fand Zustimmung, sodass in die öffentliche Sitzung/ Beratung eingetreten werden konnte.

Beginn der öffentlichen Beratung des Kreistages gemäß bestätigter Tagesordnung

Im TOP 2.1, Einwohnerfragestunde, war Gelegenheit für Anfragen aus der Öffentlichkeit/ von Bürgern des Landkreises.

Dieses Podium nutzte, mal wieder, Gerd Fritzsche, früherer Kreisrat mit NPD- Mandat und heute augenscheinlich „Mentor“ der AFD- Fraktion, um Aussagen betreffend das Landratsamt zu hinterfragen, die während des Wahlforums zur Bundestagswahl in Grimma gemacht wurden. So sei dort gesagt worden, dass sich die Zahl der Mitarbeiter im Landratsamt LK Leipzig seit Amtsantritt des Landrates Henry Graichen im Jahr 2015 fast verdoppelt habe. Diese dortige Behauptung sei unwidersprochen geblieben. Wer dies dort vorgetragen hatte blieb jedoch offen.

Er wolle nun genau wissen:

Wieviel Mitarbeiter gab es bei Amtsantritt des Landrates H. Graichen 2015?

Wieviel Mitarbeitern sind aktuell im LRA beschäftigt?

Ebenso erwarte er Zahlen zum Anstieg der Personalkosten im Landratsamt von 2015 bis 2021.

Weiterhin habe er Kenntnis, dass der Landkreis eine „Vereins- Alimentierung“ in Höhe von mehreren 100T € betreibe, was der Landrat damit begründe, dass diese als freie Träger Aufgaben des Landkreises erledigten.

Gerd Fritzsche forderte abschließend eine zeitnahe Beantwortung „ohne Lari und Fari“, also nicht wieder, wie bisher, mit „äußerst nebulösen Antworten“.

Landrat Henry Graichen erwiderte, dass es nicht stimme, dass sich das Personal verdoppelt habe. Dies sei im Stellenplan als Anlage zum Haushaltplan des LKL festgeschrieben und für Jedermann zu bestimmten Zeiten der Auslegung einsehbar.

Schriftliche Beantwortung wurde zugesichert.

Zu TOP 2.2, Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages (KT) gab es keine Anmerkungen, Annahme des Protokolls durch den Kreistag.

TOP 2.3 betraf die Verpflichtung zweier neuer Kreisräte als „Nachrücker“.

Neu in der SPD- Fraktion ist nun Carlo Hohnstädter, für die AFD- Fraktion kam Ingo Weitzmann hinzu.

Es folgten unter TOP 2.4 Informationen des Landrates.

2.4.1 betraf die Information zum Tätigkeitsbericht der INVEST- Region Leipzig (IRL) GmbH, einer Wirtschaftsfördergesellschaft, an der der LK Leipzig als Gesellschafter beteiligt ist.

Dazu trat Thomas Pöge (CDU/FDP) ans Mikrofon und berichtete, dass er gerade von der EXPO- Real- Messe in München zurück sei, an der er gemeinsam mit dem IRL- Geschäftsführer Michael Körner teilnahm. Er lobte das professionelle Auftreten der Gesellschaft dort.

Gerade in den letzten Wochen sei viel, insbesondere in Folge des Austritts des Landkreises Nordsachsen aus der Gesellschaft, debattiert worden, so auch, welchen Nutzen der Landkreis Leipzig als Gesellschafter aus der IRL ziehe. Trotz der gerade aktuell von der IRL beworbenen Projekte in Thallwitz und Bad Lausick *** müsse die Gesellschaft im LK Leipzig noch sichtbarer werden. Th. Pöge bestätigte aber auch, dass seitens des GF M. Körner stets Bereitschaft und Bemühen da sind, man müsse dies nur auch mehr in Anspruch nehmen.

Außerdem sei er der Überzeugung, dass auch Ansiedlungen in der Stadt Leipzig dem Umfeld dienen, so durch Zuzug von Fachkräften und die Ansiedlung von gut ausgebildeten Familien mit höherem Einkommen in der Region um Leipzig.

***(LVZ v. 11.10.2021: „Dazu zählt die Invest Region Leipzig GmbH (IRL), in deren Objekt-Datenbank sich noch mehr als ein halbes Dutzend weitere Areale unweit vom Airport finden. „In Kombination verfügen Leipzig und die beiden Landkreise über einen einzigartigen Schatz an attraktiven Gewerbe- und Büroflächen zu erschwinglichen Preisen“, sagt IRL- Geschäftsführer Michael Körner. Unter anderem wolle man nun in München für ein Energiezentrum in Thallwitz und für den geplanten Generationenpark der Kappis-Gruppe auf 13 Hektar in Bad Lausick werben.“)

Weitere Informationen des Landrates folgten unter TOP 2.4.2 bis 2.4.4.

Unter TOP 2.4.5 informierte Landrat H. Graichen über die Einschätzung des voraussichtlichen Haushaltvollzugs zum 30.06.2021 des LKL. Das geplante Defizit im Ergebnishaushalt des Jahres 2021 würde sich demnach von ca. 16,5 Mio. € um 6,3 Mio. € auf 22,8 Mio. € erhöhen.

Neben anderen Ursachen sind Corona- bedingte Mehraufwendungen genannt. Dabei überwiegen die Ergebnisverschlechterungen gegenüber den Ergebnisverbesserungen.

Genannt wurden hier die Bereiche Sozialhilfe, Pflege, Eingliederungshilfen und als sehr wesentlicher Teil die überplanmäßigen Zuschusserhöhungen im Bereich der Jugendhilfe (ca. 6,4 Mio. € zusätzlich). Teilweise ergeben sich diese Mehraufwendungen auch aus neuen Rechtsansprüchen in Folge Gesetzgebung. So bleibe bei Überlegungen zur Kompensation aber die Frage nach dem „Wie“. Alle Amtsbereiche des Landratsamtes seien aufgefordert, Potentiale zur Konsolidierung zu prüfen.

Im TOP 2.4.6 wurden neue beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss bekannt gegeben. Die Umbesetzungen ergaben sich auf Grund personeller Veränderungen.

Eine wichtige Personalie wurde unter TOP 2.5 behandelt. Es war die Stelle der Leitung des Haupt- und Personalamtes zu besetzen. In Folge interner Ausschreibung und eines folgenden Auswahlverfahrens schlug der Landrat zur Ernennung als neuen Leiter des Haupt- und Personalamtes Herrn Christian Penzholz vor. Dieser stellte sich dem Kreistag, nach Vorstellung im Fachausschuss, nochmals kurz vor. Er sei „im Landratsamt LK Leipzig quasi „aufgewachsen“, was seine berufliche Laufbahn betreffe, hat seit der Berufsausbildung über ein berufs begleitendes Verwaltungsstudium viele Ämter und Positionen durchlaufen, z.B. auch das Rechts- und Kommunalamt/ Kommunalaufsicht und zuletzt als Leiter der Bußgeldstelle. Dies überzeugte die Mitglieder des Kreistages offenbar, sodass es einhellige Zustimmung zu seiner Ernennung als neuer Leiter des Haupt- und Personalamtes gab.

Es schloss sich unter TOP 2.6 eine Wahl an, die wiederum den Jugendhilfeausschuss betraf. Konkret wurde aus den Reihen der Freien Träger ein stellvertretendes Mitglied gewählt. Frau Kerstin Krabbes wurde auf Vorschlag der Freien Träger gewählt.

Zum TOP 2.7 gab Landrat Henry Graichen seine Befangenheit bekannt. Ines Lüpfer, 2. Beigeordnete, übernahm die Leitung der Sitzung. Es ging um den Beschluss zur Festlegung der Wahltag für die Landratswahl 2022.

Als Wahltag für die Durchführung der Landratswahl im Jahr 2022 wurde der 12. Juni 2022 und für den Fall eines etwa notwendig werdenden zweiten Wahlgangs wurde als Wahltag der 03. Juli 2022 festgelegt.

Landrat Henry Graichen übernahm wieder die Sitzungsleitung.

In TOP 2.8 wurde sowohl über die Zahl der Mitglieder bzw. Beisitzer als auch über die Personalien im Kreiswahlausschuss für 2022 wie folgt beschlossen:

Dem Kreiswahlausschuss für die Landratswahl 2022 gehören, neben dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, sechs Beisitzer an.

Herr Gerald Lehne, 1. Beigeordneter des Landkreises Leipzig wurde als Vorsitzender und Frau Katrin Werner, Leiterin des Amtes für Rechts-, Kommunal- und Ordnungsangelegenheiten des Landratsamtes des Landkreises Leipzig, als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Nachfolgend aufgeführte Personen sind (bislang) als Beisitzer/innen bzw. Stellvertreter/innen der Beisitzer/innen in den Kreiswahlausschuss für die Landratswahl 2022 gewählt:

Henry Kunze, Matthias Schmiedel, Uwe Herrmann, Tommy Penk, Matthias Vialon.

TOP 2.9 thematisierte, wie jedes Jahr, die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel für das laufende HH- Jahr zu Gunsten des Budgets des Jugendamtes.

Dazu erläuterte Ines Lüpfer, 2. Beigeordnete als Begründung die angestiegenen Kosten pro Fall, so z.B. auch durch höhere Personalkosten wegen Tarifsteigerungen. Die Fallzahlen hätten sich dagegen nicht dramatisch erhöht. Jedoch seien es Pflichtleistungen wie z.B. auch die Schulbegleitung. Man arbeite daran, „Stellschrauben“ zu erkunden, um die Kosten und die Steigerungen möglichst gering zu halten. Für 2/3 der Mehrkosten sei momentan keine Deckung vorhanden.

M. Berger/ UWV bezeichnete dies in seinem Redebeitrag als „Griff in leere Kassen“ und sehe als einzige Quelle zur Deckung die Kreisumlage, da die Konsolidierung wohl bereits ausgereizt sei. Jedoch befürchte er, dass diese Sozialausgaben in ein paar Jahren die Kommunen „in die Pleite treiben“ würden.

S. Bothe/ SPD bezeichnet die Problemlage als seit vielen Jahren bekanntes Thema, jedoch sei die finanzielle Seite nur das Eine. Die Probleme seien real da und würden weiter zunehmen. Das zeige auch schon jetzt der aktuelle Stand dieser Entwicklung im Vergleich zu den vergangenen Jahren.

A. Hesse/ GRÜNE, äußerte sich, auch aus ihren beruflichen Erfahrungen als Fachanwältin für Familienrecht heraus, dass es wichtig sei, die kommunale Zusammenarbeit zu optimieren. Viele Kinder bräuchten dringend Hilfen, jedoch sei das Netz der Beratungsstellen zu dünn, Termine seien schwer zu bekommen, oft mit langen Wartezeiten. Dies könne nicht sein, insbesondere in akuten Fällen. Ganz gut funktioniere das z.B. beim „Wegweiser e.V.“, allerdings in Leipzig. Sie mahnt an zu prüfen, ob weitere Beratungsstellen möglich und machbar seien.

Der Landrat sicherte zu, dies im Hause zu prüfen.

H. Helbig, CDU/FDP verwies auf den gesetzlichen Rechtsanspruch für diese Leistungen.

Kürzlich habe es einen Austausch mit dem Kinder- und Jugendring im Partnerlandkreis München gegeben. Dort hat die Prävention ein besonders großes Gewicht. Diese sei zu stärken, statt nur im nach hinein zu reagieren. Das späte Reagieren führe zu einem Kostenbedarf pro Kind von 150 T€ und mehr.

Letztendlich stimmte der Kreistag der Beschlussvorlage zu.

Der Jahresabschluss der Sparkasse Muldental wurde im TOP 2.10 behandelt, dies jedoch unter dem Hinweis des Landrats, dass hier der Kreistag eigentlich nicht zuständig sei. Trotzdem sei dies als Information wichtig. Es gehe aber auch um die Entlastung des Verwaltungsrates. Diesem wurde in der Abstimmung statt gegeben.

Ergänzend erläuterte der Landrat, dass es keine Gewinnausschüttung zu Gunsten des Kreishaushaltes geben werde, um auf Empfehlung der BAFIN das Eigenkapital der Sparkasse zu stärken.

Zur Einsparung von personellem Aufwand lag dem Kreistag unter TOP 2.11 der Beschlussvorschlag vor, auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2019 zu verzichten. Dies fand die Zustimmung des Gremiums.

Unter TOP 2.12 wurde eine Beschlussfassung zur Bildung von zwei Linienbündeln des ÖPNV im Landkreis Leipzig in Vorbereitung auf die Direktvergabe von Verkehrsleistungen im Landkreis Leipzig vorgeschlagen. Diese Vorlage fand Zustimmung.

Die folgende Direktvergabe erfolgte im TOP 2.13.

Insgesamt ging es dabei um 10,7 Mio Fahrplan- Kilometer auf dem Gebiet des Landkreises.

Vergeben wurde an die Regionalbus GmbH (zu 100% Eigenbetrieb Landkreis) und Thüsac (19% der Anteile hält der LK Leipzig, 81% LK Altenburger Land)

TOP 2.14 behandelte eine Abstimmungsvereinbarung betreffend Entsorgung PPK (Papier, Pappe, Kartonagen) im Rahmen des Dualen Systems. Dem wurde zugestimmt.

Im TOP 2.15 wurde der Jahresabschluss des Eigenbetriebs Kultur und Bildung vorgelegt und erhielt die Zustimmung.

Auch der Eigenbetriebs Rettungsdienst und Brandschutz legte unter TOP 2.16 den Jahresabschluss zur Beschlussfassung vor und auch dieser erhielt die Zustimmung.

Im TOP 2.17 wurde der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Rettungsdienst und Brandschutz durch die Geschäftsführerin, Frau Schneider vorgestellt. Dabei lag der Schwerpunkt auf den Erläuterungen zu dem ausgewiesenen erheblichen Mehrbedarf in Höhe von 8,5 Mio € im kommenden Jahr, der sich insbesondere aus der Notwendigkeit zur Anschaffung neuer Fahrzeuge und Technik ergäbe, aber zu einem wesentlichen Teil auch aus der Tarifentwicklung, z.B. beim Deutschen Roten Kreuz. Insgesamt teilen sich die Gesamtkosten in Höhe von 25 Mio € auf die Bereiche Rettungsdienst (23 Mio €), Feuerwehrtechnisches Zentrum (1,2 Mio €) und Funknetzanlagen im LKL (0,4 Mio €) auf.

Gründe seien z.B. notwendige Investitionen in Technik und Standorte, aber auch die gestiegenen Einsatzstunden, daher auch die notwendigen zusätzlichen Fahrzeuge. Insgesamt sei aber alles in die Planung für 2022 eingerechnet.

Gegenüber 2020 sind dem folgend auch die Gebühren und Entgelte für Einsätze der RTW angepasst bzw. erhöht worden. Auch bei den Kosten für Krankentransport, Notarzt usw. gäbe es Anhebungen.

Frau Schneider erbat die Zustimmung zum Wirtschaftsplan wie auch zur neuen Vereinbarung über die zu erhebenden Nutzungsentgelte. Der Kreistag stimmte dem Wirtschaftsplan zu.

Die Vereinbarung über die zu erhebenden Nutzungsentgelte im Rettungsdienst mit den Krankenkassen war Inhalt des TOP 2.18 und fand die Zustimmung des Kreistages.

Im TOP 2.19 wurde anschließend der Satzung zur Erhebung von Benutzungsentgelte im Rettungsdienst zugestimmt.

TOP 2.20 sah eine Aufhebung und Neuordnung der Bildung und Arbeit der Beiräte im LK Leipzig vor. In Folge Prüfung durch die Landesdirektion machte sich hier eine Aufhebung sowie eine Neuordnung erforderlich.

Entsprechend den Hinweisen der Landesdirektion Sachsen ist ein Nebeneinander von Hauptsatzung, Geschäftsordnung und (eigenständigen) Beiratsordnungen nicht zulässig.

Die Beiratsordnungen sind deshalb aufzuheben. Dem folgte der Kreistag im Zuge der Abstimmung.

Im TOP 2.21 stimmte der Kreistag dem von der Verwaltung aufgestellten Sitzungsplan für den Kreistag und seine Ausschüsse und Beiräte für das Jahr 2022 zu.

Im Folgenden wurden Anträge aus Fraktionen des Kreistages behandelt.

TOP 2.22 betraf einen Antrag der AFD zur Schrift- und Sprachregelung für die Landkreisverwaltung. Inhaltlich wurde gefordert, dass die Kreisverwaltung künftig auf Gendersternchen, Binnendoppelpunkt und -unterstrich oder das große Binnen-I verzichten solle. Ab sofort sei einheitliche Schrift- und Sprachregelung anzuwenden, die sich nach der Definition des Rates für deutsche Rechtschreibung richte. Der Landrat möge dazu eine entsprechende Dienstanweisung erlassen.

Gisela Fritzsche/ AFD begründete nochmals in einem Redebeitrag, dass die Nutzung dieser Sonderzeichen das Verständnis beeinträchtige und die Sprache „grotesk“ mache. Es sei eine Zumutung und falle jenen schwer, die ohnehin beim Lesen beeinträchtigt seien.

M. Berger/ UWV übernahm das Wort und trug einen erweiterten Antrag namens seiner UWV- Fraktion sowie der Fraktion CDU/ FDP vor, der das Thema weitreichender erfasste.

Unter dem Hinweis, dass gerade Grimma an der „Straße der deutschen Sprache“ liege und sich somit in einer besonderen Tradition sehe bezeichnete er das Gendern im Sprachgebrauch als „an Kuriosität nicht zu überbieten“. Er zitierte auch Sarah Wagenknecht/ LINKE, die derartige Sprachgestaltung mal als „Lifestyle- Sprache“ bestimmten Klientels bezeichnete. Bei der Bevölkerung löse dies nicht nur Verwunderung sondern gar Entsetzen aus und sei nicht zielführend. Ungeachtet dessen sei aber ein ernsthafter Umgang damit geboten.

Deutsch ist Amtssprache- das sei klar geregelt. Es sei reine Taktik der AFD, dies in einen Antrag zu fassen, wie auch die üblichen Wahlsprüche dieser Partei es zur Bundestagswahl wieder zeigten („Deutsch statt Gendern“, Deutsch aber Normal“...)

Die Kreisverwaltung habe in ihrer Stellungnahme zum Antrag zu Recht darauf verwiesen, dass derartige Festlegungen Aufgabe der laufenden Verwaltung seien.

Daher seien die Kreisräte aufgefordert, dem erweiterten Antrag der UWV und CDU/ FDP zuzustimmen. Dem folgte der Kreistag mehrheitlich. Die Fraktion der LINKEN sowie Teile der SPD- Fraktion stimmten dagegen, Teile der GRÜNEN enthielten sich der Stimme.

Der ursprüngliche Antrag zum Thema, eingebracht von der AFD, kam somit nicht zur Abstimmung.

Ein weiterer Antrag der AFD, unter TOP 2.23, befasste sich mit der Abfallwirtschaftssatzung.

Der Antrag zielte auf eine Änderung betreffend der Veranlagung von Eigentümern von Grundstücken für Erholungs- und Freizeitzwecke, insbesondere jenen die „Doppelbelastung für die Entsorgung privater Abfälle ersparen“.

Dazu sprach M. Krause/ AFD und betonte, dass die AFD die einzige Fraktion gewesen sei, die gegen diese Satzung gestimmt habe, da sie sich „dem Wähler verpflichtet fühle“. Es seien Bürger an sie herangetreten die z.B. Garagen- oder Schuppengrundstücke hätten. Jenen hätte die KELL GmbH „unterstellt“, diese Grundstücke seien auch zu Übernachtungs- oder Pary- Zwecken genutzt und somit zu erfassen. Es sei mit einer „Arroganz gegenüber Bürgern“ darauf verwiesen worden, dass diese sich ja auf dem Klageweg mit den damit verbundenen hohen Kosten zu Wehr setzen könnten.

S. Runkwitz/ LINKE nannte den Zeitpunkt des Antrags „gutes Timing“, um „Gutes zu tun“ und diese vermeintliche Doppelbelastung abzuschaffen. Aber- dies würde dann „auf Kosten aller anderen Gebührenzahler“ gehen. Das sei mit den LINKEN nicht zu machen.

L. Martin, CDU/ FDP bezeichnete den Antrag als „rein populistisch“. Die Stellungnahme der Verwaltung mache deutlich, dass ein Eigentümer, der mehrere Grundstücke besitzt auch für diese verantwortlich sei. Eine Doppelbelastung sei also nicht zutreffend. Die Veranlagung ergäbe sich aus Gebühren und Beiträgen. Lediglich die fixen Kosten fielen also zwei- oder mehrmals an, in Verantwortung des Eigentümers.

In der Stellungnahme der Landkreisverwaltung wird ausgeführt, dass „Ein Zeitpunkt, zu welchem die Änderungen in Kraft treten sollen, nicht benannt werde.“

Der Antrag ist insoweit unbestimmt. Die Umsetzung eines derartigen Beschlusses sei bereits aus diesem Grund nicht möglich. Bei einer nachträglichen Konkretisierung des Umsetzungszeitpunktes eines derartigen Beschlusses seien insbesondere die abfall- und gebührenrechtlichen Regelungen zu prüfen.“

Einzig die AFD stimmte dem Antrag zu. Die sonstige Mehrheit der Kreisräte lehnte ab.

Top 2.24 befasste sich mit einem Antrag der GRÜNEN zum Thema Rufbus- Angebote.

Im Wortlaut solle „der Kreistag die Verwaltung beauftragen, weitere Regionen im Landkreis Leipzig zu ermitteln, in denen der bestehende Linienverkehr mit einem Rufbussystem ergänzt werden kann.“

T. Penk/ GRÜNE benannte als Ziel, möglichst eine Ausweitung der Rufbus- Angebote auf der Grundlage einer Erfassung der Bedarfe zu schaffen. Man habe sich vor Ort zum derzeitigen Rufbus- Bereich Machern und Colditz bereits mit Herrn Kultzscher, GF Regionalbus GmbH,

ausgetauscht. Der Nahverkehrsplan sehe eine Erschließung von 80% vor, momentan seien es aber nur um die 60%. Ziel sei es, einen Überblick über mögliche weitere Angebote zu erhalten.

Dazu äußerte B. Walther/ AFD, dass dies so von der AFD abgelehnt werde, da es ja so schon im Nahverkehrsplan beschlossen sei.

R. Gängel/ LINKE, bezeichnete das Ganze als „Humbug“, führte einige Beispiele aus dem Bereich Markranstädt auf, wo wohl nichts betreffend Umstiege und Anschlüsse funktioniere.

K. Schütze/ SPD, bezeichnete die Versorgung mit Angeboten des ÖPNV als Daseinsorge und wichtig für die Lebensverhältnisse der Menschen insbesondere im ländlichen Raum.

In der Abstimmung lehnte die AFD den Antrag ab. Auch R. Gängel/ LINKE, schloss sich der Ablehnung an.

Bei 5 Enthaltungen fand der Antrag schließlich die mehrheitliche Zustimmung des Kreistages.

TOP 3. Ende der Sitzung

Damit ist die Sitzung des Kreistages ca. 18:45 Uhr beendet.

Gabi Sporbert

GF der CDU/ FDP- KT- Fraktion im LKL